

Neue Zürcher Zeitung

Streit zwischen Eltern macht Kesb zu schaffen

Wer mit den Kesb in Berührung kommt, versteht die Verfahren im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht oftmals nicht. Vor allem zerstrittene Elternpaare geraten rasch in eine Sackgasse. Das verschärft die Konflikte, zeigt eine Untersuchung der Universität Freiburg.

Daniel Gerny

16.01.2018, 20.30 Uhr



Die Anlaufstelle Kescha will bei Konflikten mit der Kesb helfen. (Bild: Christoph Ruckstuhl / NZZ)

Als der Unternehmer Guido Fluri, der selber einen Teil seiner Kindheit im Heim verbracht hatte, mit seiner Stiftung vor fünf Jahren die Wiedergutmachungsinitiative lancierte, nahmen nicht nur ehemalige Verdingkinder mit ihm Kontakt auf. Auch zahlreiche Betroffene, die mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) im Clinch waren,

meldeten sich. «Da war uns klar, dass es eine unabhängige Stelle braucht», sagt Fluri. Vor einem Jahr rief er die Anlaufstelle Kindes- und Erwachsenenschutz (Kescha) ins Leben. Inzwischen zeigt sich: Das Angebot ist mehr als begründet.

Fast 1100 Beratungen

In 1084 Fällen wurde an die Kescha im ersten Jahr herangetreten, teilweise gleich mehrfach von den gleichen Personen, so dass die Kescha im Schnitt pro Tag acht bis zehn telefonische Beratungen durchführt. Jede dauert im Durchschnitt 45 Minuten. Hinzu kommen weitere Anfragen per Mail. Gemessen an den rund 132 000 Fällen, welche die Kesb in der Schweiz pro Jahr abwickeln, scheint dies gering. Doch konfrontiert werden die Berater nicht mit einfachen Alltagskram im Umgang mit Behörden, sondern mit Menschen, die oft verzweifelt sind und an ihre Grenzen stossen. In dramatischen Situationen werden die Kesb nicht als Schutzbehörde, sondern als Monster wahrgenommen.

«Man muss sich vorstellen, was Mütter ertragen müssen, denen man ihr Kind wegnimmt», sagt Fluri, um zu veranschaulichen, mit welchem Ausmass an Leid die Kescha konfrontiert ist. Fast alle Anfragen kommen dabei aus der Deutschschweiz (wofür es keine eindeutige Erklärung gibt), 59 Prozent der Fälle betreffen den Kindes- und 41 Prozent den Erwachsenenschutz. Dominik Schöbi, Professor für klinische Familienpsychologie an der Universität Freiburg, hat im Auftrag der Kescha alle Fälle wissenschaftlich untersucht. In beinahe der Hälfte aller Kindesschutzfälle sehen Personen, die die Kescha anrufen, das Problem in der Tat vor allem bei den Behörden oder den zuständigen Fachpersonen. Allerdings: In

fast gleich vielen Fällen verläuft die Konfliktlinie innerhalb der Familie des Betroffenen.

Eine Überraschung ist dieser Befund nicht: Es ist bekannt, dass viele Konflikte mit den Kesb im Bereich des Kindesschutzes zu einem grossen Teil auf völlig zerstrittene Eltern zurückzuführen sind. So enden beispielsweise Streitereien um Besuchsrechte häufig bei den Kesb. Solche Fälle eskalieren rasch. Dabei geniessen die involvierten Institutionen bei den Eltern oft kein Vertrauen oder werden sogar als Teil der Bedrohung wahrgenommen. In solchen Fällen müsse darauf hingearbeitet werden, dass die Eltern ihre Konflikte wieder besser selber bewältigen könnten, empfiehlt die Kescha. In bestimmten, sehr schweren Fällen, müsse es sogar möglich sein, die Eltern zu einer Mediation oder einer Therapie zu verpflichten, sagt Alexandra Jungo, Professorin für Zivilrecht, die die Empfehlungen zusammen mit der Kescha ausarbeitete. Laut Diana Wider, Generalsekretärin der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz, ist das gemäss geltendem Recht schon heute möglich.

Beratung in der Gemeinde nötig

Beim Erwachsenenschutz orten die Ratsuchenden – in vielen Fällen sind es von den Massnahmen selbst Betroffene – die Probleme meistens bei den Behörden und den beratenden Stellen. Das Vertrauen fehlt, und es besteht das Gefühl, nicht korrekt behandelt zu werden. Laut Schöbi fehlt es den Betroffenen oft am Verständnis für die Verfahren und die Funktionsweise des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes. Die meisten Anfragen an die Kescha betrafen denn auch Rechtsfragen. Interessanterweise sehen in einem Teil dieser

Fälle auch die Behörden oder Beistände selbst Defizite auf der eigenen Seite. Insbesondere fehlt es an Zeit und Ressourcen, um adäquat auf die jeweiligen Bedürfnisse einzugehen. Eine Kescha-Empfehlung lautete deshalb, Vertrauenspersonen und Anlaufstellen auf kommunaler Ebene einzurichten, die den Informationsfluss befördern. Die Ansiedelung auf Gemeindeebene sei wichtig, weil damit eine Nähe geschaffen werde, die bei den Kesb oft nicht gegeben sei, heisst es. Nötig seien überdies kantonale Kriseninterventionsstellen für besonders anspruchsvolle Situationen.

Fluri machte an einer Medienkonferenz aus Anlass des einjährigen Kescha-Bestehens erneut deutlich, dass ihm an einer konstruktiven Weiterentwicklung des Kindes- und Erwachsenenschutzes gelegen ist. Fundamentale Kritik am neuen System, wie sie von Kesb-Kritikern teilweise geäussert wird, ist von ihm nicht zu hören. Doch Fluri macht klar: Wenn es nicht gelingt, Vertrauen aufzubauen und den Kesb zu mehr Akzeptanz zu verhelfen, würden sie immer an Grenzen und auf die bekannte Kritik stossen. Jetzt brauche es, so das Fazit, mehr Mediation, mehr Krisenintervention – und mehr Ressourcen.



KOMMENTAR

Die Kesb müssen bürgernäher werden

30.09.2017



Krasse Einzelfälle machen der Kesb zu schaffen

29.08.2017

